

# Die Europawahlprogramme der Parteien

CDU/CSU | SPD | FDP | Die Grünen | Die Linke | AfD

Eine Synopse von

 **BAVC**  
Die ChemieArbeitgeber

 **BDA**  
DIE ARBEITGEBER

**GESAMT****METALL**  
Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie

**unternehmer nrw**

 **vbw**

Die bayerische  
Wirtschaft

Unsere Position						
Die EU ist die Lösung, nicht das Problem. Nur mit und innerhalb der EU können die globalen Herausforderungen der Zukunft gemeistert werden. Trotzdem muss eine angemessene Balance gefunden werden: Die EU soll sich im Sinne der Subsidiarität auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Europäische Werte müssen auch nach innen verteidigt werden und die EU-Institutionen für eine Politik der Verantwortung stehen.						
Zukunft der EU/ Institutionelles	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
		<p>+++ Europa nicht den Populisten überlassen +++ Aufgaben mit europäischen Mehrwert +++ Europäisches Parlament mit Initiativrecht ausstatten +++ Subsidiarität respektieren +++ Subsidiaritätsrüge durch nationale Parlamente weiterentwickeln +++ Stärkung des Ausschusses der Regionen +++ EU-Mittel an europäischen Mehrwert orientieren +++ Einen unabhängigen Expertenrat für Rechtsstaatlichkeit einrichten +++ Einstimmigkeitsprinzip in Rechtsstaatsverfahren beenden +++ EU-Vertiefung vor Erweiterung +++ Ein gemeinsamer, ständiger EU-Sitz im Sicherheitsrat +++ Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik +++ Deutsch als Arbeitssprache in den EU-Institutionen stärken +++</p>	<p>+++ Europäisches Parlament mit Initiativrecht sowie Untersuchungs- und Kontrollrechten ausstatten +++ Lobbyregister für alle EU-Institutionen +++ Einführung von Mehrheitsentscheidungen im EU-Ministerrat +++ Verstärkte Zusammenarbeit weiterentwickeln +++ Einführung europäischer Wahllisten +++ Europäische Bürgerinitiative stärken +++ Höhere Beiträge Deutschlands zum EU-Haushalt +++ Rechtsstaatsmechanismus stärken und Kürzung der EU-Mitteln bei Verstößen +++ Paritätische Besetzung der Europäischen Kommission +++ An Beitrittsperspektiven des westlichen Balkans festhalten +++ Immer engere Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten +++ Amt des Hohen Vertreters zum europäischen Außenminister fortentwickeln +++ Gemeinsamer EU-Sitz im Sicherheitsrat +++</p>	<p>+++ Aufgaben mit europäischem Mehrwert +++ Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten ermöglichen +++ Kritische Bestandsaufnahme europäischer Kompetenzen +++ Europäisches Parlament mit Initiativrecht ausstatten +++ EU-Kommission verkleinern +++ Transparenz des Rates verbessern +++ EU-Haushalt an Mehrwert ausrichten +++ Stärkere Subsidiaritätskontrolle +++ Wirtschafts- und Sozialausschuss abschaffen +++ Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention +++ Rechtsstaatsmechanismus stärken und Konditionalisierung von Kohäsionsmitteln +++ Europäisches Wahlrecht mit transnationalen Listen +++ Erweiterung realistisch weitergehen +++</p>	<p>+++ Europäisches Parlament mit Initiativrecht ausstatten +++ Transparenz des Rates verbessern +++ Lobbyregister für alle EU-Institutionen +++ Mehrheitsentscheidungen einführen +++ EU-Haushalt deutlich vergrößern +++ Mehrjährigen Finanzrahmen an Legislaturperiode des Europäischen Parlaments angleichen +++ Europäische Grundrechtecharta national verbindlich machen +++ Unabhängige Prüfung von Demokratie und Menschenrechten +++ Fördermittel an die Einhaltung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit binden +++ Europäische Bürgerinitiative ausbauen +++ Europäisches Wahlrecht mit transnationalen Listen +++ Beitrittsperspektive für Westbalkan schaffen +++</p>	<p>+++ Änderung der EU-Verträge +++ Bereitschaft, Regeln zu brechen, falls es keine neue EU-Verfassung gibt +++ Stärkung des Europäischen Parlaments mit uneingeschränktem Initiativrecht, alleiniges Haushaltsrecht in seinen Zuständigkeitsbereichen +++ Europäische Bürgerinitiative zu einer EU-Bürgergesetzgebung ausbauen +++ Auflösung von EURATOM +++ Europäische Zentralbank unter Kontrolle des Europäischen Parlaments stellen +++ Länderspezifische Evaluierung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten in der EU sowie Sanktionierung der Verstöße +++ EU-Lobbyregister +++ Investitionsprogramm über mindestens 500 Milliarden Euro im Jahr +++</p>

Unsere Position						
Die Stärke der Wirtschafts- und Währungsunion basiert auf der Wettbewerbsfähigkeit jedes Mitgliedstaats. Wir brauchen weitere Anreize für Strukturreformen in den Mitgliedstaaten. Die Wirtschafts- und Währungsunion muss weiterentwickelt und die Bankenunion vollendet werden: Eine stabile Eurozone braucht mehr Zusammenhalt bei gleichzeitiger nationaler Eigenverantwortung. Den Euro als internationales Zahlungsmittel noch weiter zu stärken, ist ein wichtiges Ziel.						
Wirtschafts- und Währungsunion	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
		<p>+++ Nationale Wirtschaftspolitiken besser koordinieren und aufeinander abstimmen +++ Keine Vergemeinschaftung von Schulden oder Risiken +++ Haftung und Verantwortung bleiben in einer Hand +++ Stabilitätsunion statt Schulden- und Haftungsunion +++ Stabilitätsregeln strikt einhalten und durchführen +++ Ermessensspielräume beim Defizitverfahren einschränken +++ Länderspezifische Empfehlungen auf Struktur-reformen zielen +++ Ablehnung von Bankenrettungen aus Steuermitteln +++ Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank +++ Ablehnung eines europäischen Wirtschafts- und Finanzministers +++</p>	<p>+++ Parlamentarisch kontrolliertes Eurozonenbudget +++ Europäischen Stabilitätsmechanismus zum parlamentarisch kontrollierten Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln +++ Bankenunion vertiefen und Letztsicherung für Bankenabwicklung schaffen +++ Kopplung zwischen Staaten und Banken auflösen +++ Einrichtung einer Wirtschaftsregierung für den Euroraum unter politischer Führung eines europäischen Wirtschafts- und Finanzministers +++</p>	<p>+++ Einhaltung gemeinsamer Regeln +++ Kein Eurozonenhaushalt +++ Automatische Sanktionen nach einem Defizitverfahren +++ Auszahlung von Kohäsionsmitteln an Einhaltung des Fiskalpakts knüpfen +++ Euro-Austritt ermöglichen +++ Europäischen Stabilitätsmechanismus zum intergouvernementalen Europäischen Währungsfonds ausbauen +++ Beteiligung der privaten Gläubiger an den Stabilisierungslasten +++ Umfangreichere Haftung der Investoren und Gläubiger sicherstellen +++ An dezentralem System der Einlagensicherung festhalten +++ Kreditvergabe an Staaten durch eine Großkreditobergrenze beschränken +++</p>	<p>+++ Kein Europa des Sparzwangs +++ Gemeinsame Haushaltspolitik in der Eurozone +++ Eurozonenhaushalt zur Finanzierung von europäischen Gemeingütern und Investitionen +++ Europäischen Stabilitätsmechanismus in einen Europäischen Währungsfonds überführen, der präventive Kredite bereitstellt und die Letztsicherung für Bankenabwicklung bildet +++ Europäische Einlagensicherung einführen +++ Feste Schuldenbremse für Banken +++ Altschuldentilgungsfonds einrichten +++ Leistungsbilanzungleichgewichte begrenzen +++ Anreize für staatliche Investitionen im Rahmen des Stabilität- und Wachstumspakts verbessern +++</p>	<p>+++ Keine Kürzungspolitik +++ Öffentliche Haushalte von der „Diktatur der Finanzmärkte“ befreien +++ Öffentliche Investitionen durch Kredite der Europäischen Zentralbank finanzieren +++ Euro-Bonds einführen +++ Banken verkleinern und Investmentbanking abwickeln +++ Neuformierung der europäischen Wirtschaftspolitik: Binnenmarkt durch eine Sozialunion ergänzen +++ Statt Wettbewerbsfähigkeit auf Interessen der Bürger fokussieren +++ Hohe Exportüberschüsse beheben +++</p>

Unsere Position						
Wirtschaftlicher Erfolg ist die Basis für ein soziales Europa. Dabei ist wichtig, dass die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in den Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten verbleibt, wie in den EU-Verträgen vorgesehen. Gleichzeitig müssen die Arbeitnehmermobilität und der gemeinsame Binnenmarkt EU-weit optimiert werden. Die Rolle der Sozialpartner und des sozialen Dialogs muss besser anerkannt werden.						
CDU/CSU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD	
+++ Subsidiarität in Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik achten +++ Wirtschaften vor dem Verteilen +++ Soziale Sicherungssysteme, Regulierung Mindestlohn und Altersvorsorge in Hand der Mitgliedstaaten +++ Europäische Regelungen dürfen nationale Schutzstandards, Mitbestimmungsrechte und Sicherungsniveaus nicht unterlaufen +++ Keine europäische Arbeitslosenversicherung +++ Stärkung der Sozialpartnerschaft +++ Arbeitnehmerfreizügigkeit und -mobilität verbessern, keine Nachteile bei Rente +++ Kein Lohn-dumping und Missbrauch der nationalen Sozialsysteme +++	+++ Vorrang sozialer Rechte: Soziale Rechte mit EU-Grundfreiheiten gleichsetzen +++ Rahmenrichtlinie für Mindestlöhne in Europa: Mindestlohn von 12 € in Deutschland, länderspezifische Mindestlöhne in allen Mitgliedstaaten +++ Löhne angeben, Tarifbindung zum Normalfall ausbauen +++ Europäischer Standard für Mindestvergütung +++ Europäisches Konzept gegen Fachkräftemangel +++ Arbeitsschutz ausbauen, Regeln für Arbeitsbedingungen verbindlich weiterentwickeln +++ Verstöße gegen Arbeitsrecht hart ahnden +++ Mindeststandards zur Mitbestimmung, Rechte der Europäischen Betriebsräte stärken +++ Stärkerer Beschäftigtenschutz +++ Förderung von Tariftreue in Ausschreibungs- und Vergabeverfahren +++ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort	+++ Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Kern Mitgliedstaaten überlassen +++ Koalitionsfreiheit der Sozialpartner wahren +++ Keine Ausweitung der EU-Kompetenzen bei Europäischen Säule Sozialer Rechte +++ Gegen eine europäische Arbeitslosenversicherung +++ Keine Transferunion +++ Europäische Fachkräfteagentur und Ausbildungszentren in Drittstaaten zur Bekämpfung des Fachkräftemangels +++ Sichere Außengrenzen und moderne Einwanderungspolitik für offene Binnengrenzen +++ Gegen die Entsenderichtlinie +++ Keine A1-Bescheinigung bei Kurzzeitsendungen von bis zu 14 Tagen +++ Mindestlohn in nationaler Hand +++ Keine Vereinheitlichung der nationalen EU-Altersvorsorgesysteme +++ Wettbewerb bei privater Altersvorsorge stärken +++ Befürworten	+++ Europaweit Mindestlöhne in den Mitgliedstaaten (entsprechend der nationalen Lebenshaltungskosten) +++ Europäische Entgelttransparenzrichtlinie +++ Verpflichtende Frauenquote von 50 % in Aufsichtsräten und Vorständen +++ Starke Vereinbarkeitsrichtlinie in Arbeitszeitpolitik +++ Europäisches Einwanderungsrecht zur Arbeitsmigration: Gleiche Standards für unterschiedlich qualifizierte Einwanderer +++ Europaweiter Schutz von Whistleblowern +++ Gesetzlich und tariflich verankerter Arbeitsschutz für Beschäftigte herkömmlicher Betriebe und von Dienstleistungsplattformen +++ Mehr staatliche Kontrolle bei Entsenderichtlinie +++ Größerer Stellenwert von Arbeitnehmerrechten beim EuGH +++ Parität bei Mitbestimmung in Unternehmen mit über 1000	+++ Verbindliche europäische Mindestlohnregelung (je oberhalb von 60 % des nationalen Medianlohns) +++ Positive Bewertung der neuen Entsenderichtlinie +++ Europäische Arbeitsbehörde (ELA) stärken und ihr Sanktionsrechte geben +++ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Flächen-deckende Tarifverträge fördern +++ Plattformarbeit regulieren +++ Arbeitnehmerdefinition europaweit vereinheitlichen +++ Höchst- und Mindestarbeitszeit europäisch regeln +++ EU-weite Mindeststandards bei Mitbestimmung und Streikrecht +++ EU-Mittel für Ausbau sozialer Mindestsicherungssysteme erhöhen; sanktionsfreie Mindestsicherung für Nicht-Erwerbstätige und -fähige +++ Europäische Arbeitslosenversicherung in Form eines EU-Solidar-Fonds +++ Mittel für Jugendgarantie erhöhen	+++ Keine Vereinheitlichung der EU-Sozialsysteme und Arbeitsmärkte: Gegen europäische Arbeitslosenversicherung und Europäische Arbeitsbehörde +++ Stärkere Kontrolle bei Entsendegesetz +++ Freizügigkeitsrichtlinie verändern, da sie „Inländerdiskriminierung“ in Deutschland schaffe; Arbeitnehmerfreizügigkeit einschränken, um Missbrauch des deutschen Sozialsystems zu unterbinden +++ Kritik an EU-Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit +++	

Arbeits- und Sozialpolitik

		<p>+++ Europaweites Lohn-gerechtigkeitsgesetz, konsequente Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf +++ Europa-weite Frauenquote in Aufsichtsräten +++ Sozia-len Dialog stärken, Sozia-lpartner besser einbin-den +++ EU-Richtlinie zum Schutz von Beschäf-tigten bei Online-Plattformen +++ Rahmen-richtlinie für Mindest-standards in der sozialen Sicherung +++ Rechtsver-bindlichkeit der Europäi-schen Säule Sozialer Rechte +++ Einführung einer Rückversicherung für die Finanzierung von Sozialleistung +++ Stär-kung der Europäischen Arbeitsbehörde +++ Ein-führung einer europäi-schen Sozialversiche-rungsnummer +++</p>	<p>Kindergeldindexierung +++</p>	<p>Angestellten stärken +++ Befürworten Richtlinien-vorschlag und wollen verbindliche Vorgaben zur Barrierefreiheit, für 5. Antidiskriminierungsricht-linie +++ Europäische Grundsicherungsrichtlinie +++ EU-Rückversicherung für Arbeitslosenversiche-rung +++ Einführung einer EU-Sozial-versicherungsnummer +++ Staatlicher Bürger-fonds für private Alters-vorsorge +++ Europaweite Mitnahme von Be-tretriebsrenten +++ Keine Kindergeldindexierung +++ Neue Sozialabgaben- und Besteuerungsmodel-le +++ Gewerkschaftliche Betätigung auf Basis der ILO-Normen +++</p>	<p>+++ Gegen Kindergeldin-dexierung +++ Europa-weite Mindestrente ein-führen +++ Gegen Einfüh-rung des Vorsorgepro-dukts PEPP +++</p>	
--	--	---	--------------------------------------	--	---	--

Unsere Position						
Der Erfolg der europäischen Wirtschaft hängt von richtiger Bildungspolitik ab: von qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie von ihren Ideen und Innovationen. Eine gute Bildungspolitik ist zugleich die wirksamste Sozialpolitik, denn sie schafft Perspektiven für alle. Daher sollte etwa insbesondere die MINT-Bildung über alle Bildungsbereiche hinweg gefördert werden.						
CDU/CSU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD	
<p>+++ Für europaweite Einführung des dualen Ausbildungssystems +++ Für Meisterbrief +++ Europaweite Anerkennung von Bildungsabschlüssen +++ Mittelerhöhung von Erasmus +++ Erlernen von Fremdsprachen stärker fördern in Schule, Beruf und Gesellschaft +++ Unterstützen Bildung europäischer Hochschulnetzwerke und gezielte Förderung exzellenter europäischer Universitäten +++ Unternehmertum unter der Jugend voranbringen +++ Europäisches Bildungsangebot auch für ältere Menschen +++ Kostenloses Interrail-Ticket für jeden 18-Jährigen +++ Ausbildungsgarantie für Jugendliche und Beschäftigungsinitiativen für junge Menschen fortführen +++</p>	<p>+++ Erasmus+-Mittel verdreifachen +++ Jugendgarantie stärken und Mindestausbildungsvergütung einführen +++ Stärkung der dualen Ausbildung +++ Europaweite Anerkennung von Bildungsabschlüssen +++ Abschaffung von Studiengebühren in Europa +++ Einheitlicher europäischer Studiausweis +++ Zugang zu lebenslanger guter Bildung +++ Recht auf Weiterbildung und Qualifizierung +++ Verbesserung der Mitbestimmung junger Menschen auf europäischer Ebene +++ Europäische Hochschulen stärker fördern +++</p>	<p>+++ Schaffung eines EU-Berufsausbildungsmarkts nach Vorbild des dualen Systems +++ Europäische Bildungsfreizügigkeit +++ Mehrsprachigkeit in Schulen fördern +++ Gemeinsames europäisches Geschichtsbuch +++ Europäisches Jugendwerk gründen +++ Kostenloses Interrail-Ticket für junge Menschen +++ EU-Freiwilligendienst ausbauen +++ Klare Regeln für Anerkennung von Schul- und Hochschulabschlüssen +++ Erasmus-Programme in beruflicher Bildung ausweiten +++ Europäische Förderung digitaler Bildungsplattformen mit standardisiertem Bewertungs- und Zertifizierungssystem +++ Weiterbildung in europäischer Online-Akademie +++ EU-Portal für Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten und Europäische Ausbildungsagentur +++</p>	<p>+++ Grenzüberschreitende Bildungsangebote ausbauen +++ EU-Bildungsfonds für Menschen, die selbst oder deren Familien strukturell von formaler Bildung ausgeschlossen waren oder sind +++ EU-weite Anerkennung von Aus- und Weiterbildung +++ Freier Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung +++ Eine Million Plätze im europäischen Freiwilligendienst +++ Erasmus ausbauen für Schüler, Auszubildende und Studierende und Antragsverfahren vereinfachen +++ Europäische Universitäten fördern +++ Aufbau einer europäischen Zentrale für politische Bildung +++ Verpflichtende Entlohnung von Praktika +++</p>	<p>+++ Erasmus+-Mittel verzehnfachen für vollumfängliche Kostendeckung für Studierende und Auszubildende aus sozioökonomisch-schwachen Hintergründen +++ Gegen Privatisierungen im Bildungsbereich +++ Zugangsmöglichkeiten zu Studium für Menschen ohne Abitur EU-weit verbessern +++ Zulassungsfreier Zugang zum Master +++ Gegen EU-Exzellenz-Förderung +++ Abschaffung der Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Ländern +++ Humanisierung der Arbeit, Demokratisierung und Partizipation sowie Emanzipation als Leitziele der allgemeinen und beruflichen Bildung +++ Inklusive Bildung in allen Mitgliedstaaten +++</p>	<p>+++ Diplom- und Magisterstudiengänge wieder einführen +++ Über die Anerkennung ausländischer Abschlüsse entscheiden die Nationalstaaten +++ Landessprache als Lehrsprache erhalten +++ Höhere Grundfinanzierung der Hochschulen, um Abhängigkeit von Drittmitteln zu verringern +++ Keine Erhöhung der Akademikerquote +++ Duale Ausbildung und duales Studium stärken +++ Wiedereinführung der deutschen Meisterpflicht für zahlreiche Berufe +++ Inklusion mit Augenmaß +++ Keine ideologische Beeinflussung in Bildungseinrichtungen +++ Lehrkräfte nicht durch digitale Medien ersetzen +++ Austritt aus Amsterdamer Verpflichtungserklärung zu Gender Mainstreaming +++</p>	

Bildung und Jugend

**Unsere Position**

Durch Forschung und Innovation wird Europa Wohlstand und die hohe Lebensqualität erhalten können. Aufgrund zunehmend globalen Wettbewerbsdrucks müssen wir in Europa dafür sorgen, dass aus innovativen Ideen tatsächlich neue Produkte und Technologien hervorgehen. Für mehr innovative Strahlkraft müssen wir grenzen-, branchen- und technologieübergreifend zusammenarbeiten, Schlüsseltechnologien fördern und die Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft stärken.

CDU/CSU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
<p>+++ Innovationsstrategie und Innovationsbudget für Zukunftsprojekte +++ Zielgerichteter Einsatz von Forschungsgeldern +++ Medizinische Forschung und Big Data zusammenbringen +++ EU-Zukunftsfonds für Start-ups +++ Europa mit führender Innovationsunion bei Schlüsseltechnologien der Zukunft zur Sicherung von Wettbewerb und Wohlstand +++ Innovationen vorantreiben im Bereich Klimaschutz, Medizin, Mobilität, Landwirtschaft +++ „Horizont Europa“ verstärkt fördern +++ Innovationsbudget mit dem Label „Future made in Europe“ weiterentwickeln +++ Flaggschiff-programm Quantentechnologie +++</p>	<p>+++ Einrichtung eines Innovationsrates zur Förderung von Ideen/ Konzepten +++ Innovationsförderung unter Berücksichtigung sozialer und gesellschaftlicher Einflüsse +++ Investitionen aller Mitgliedstaaten von 3 % des BIP für F &amp; E bis 2025 verbindlich fest-schreiben +++ Stärkung von Forschungsrahmen-programmen +++ Stärkere Zusammenarbeit im Bereich KI-Forschung +++ Förderung europäischer Daten-Pools zur verbrei-tereren Nutzung neuer Technologien und Big Data Analytics +++ Europäische Cloud für offene Wissenschaft, Zivilgesell-schaft und F &amp; E in der Wirtschaft +++ Mehr Grundlagenforschung im Bereich geistes- und sozi-alwissenschaftlicher For-schung +++</p>	<p>+++ Forschungszentren EU-weit vernetzen +++ Zusammenarbeit mit der Wirtschaft intensivieren +++ Förderung multinati-onaler Forschungsvorha-ben +++ Ergebnisoffene Grundlagenforschung fördern +++ Forschungs-stipendien aus EU-Mitteln +++ „Horizont Europa“ um „Research Action“ er-weitern und Antrags-prozess erleichtern +++ Neue Technologien und digitalen Austausch unter Wissenschaftlern durch „Horizont Europa“ för-dern +++ Bereitstellung von Materialien für Open Data und digitale Durch-führbarkeit von For-schungsprojekten +++ Erleichterter Zugang zu EU-geförderten wissen-schaftlicher Ergebnissen +++ Europäische Agentur für Sprunginnovation +++ neue Rahmenbedingun-gen für Zulassung neuer Technologien +++ Mehr Bürgerdialog über Chan-cen/Risiken neuer Tech-nologien +++</p>	<p>+++ Forschung in Klima-wandel/ Umweltscho-nung stärken +++ Aufbau europäischer Innovati-onszentren/ Grundfinan-zierung +++ Mehr inter-nationale und europäi-sche Zusammenarbeit in der Forschungslandschaft +++ Schlüsseltechnolo-gien fördern +++ Stärkung der angewandten For-schung und Grundlagen-forschung +++ Geistes- und Gesellschaftswissen-schaften berücksichtigen +++ Nachhaltige/ gerechte/ soziale Innovation +++ Freier Zugang zu For-schungsergebnissen +++ Schnellerer Technologietransfer durch „Horizont Europa“ +++ Beschleunigte Markteinstiegsphasen umweltverträglicher Technologien +++ Attraktivere Karrierewege in Wissenschaft/Forschung +++ „Fonds für verfolgte Wissenschaftler“ +++ Start-up-Pass und Start-up-Visa +++ Frauenförde-rung in der Forschung stärken +++</p>	<p>+++ Breitenförderung in Wissenschaft und For-schung statt Eliten- und Exzellenzförderung +++ Wissenstransfer in ärme-re EU-Regionen ausbauen +++ Öffentlich geförderte Open-Access-Plattform +++ Geschlechtergleich-stellung in Wissenschaft und Forschung +++ Soli-darischen Austausch innerhalb der Wissen-schaft fördern +++ Ver-bindliche europäische Charta in der Forschung +++ Lehr- und For-schungstätigkeits-Förder-programm für Geflüchte-te +++ Bedarfsgerechte Grundfinanzierung der Forschungseinrichtungen statt europäische For-schungsförderung +++ Förderung sozialer Inno-vationen und Dienstleis-tungen +++</p>	<p>+++ Entpolitisiert/ ideo-logiefreier Forschungsbe-trieb +++ Freier Aus-tausch wissenschaftlicher Erkenntnisse/ Technolo-gien +++ Forschungsstra-tegie für Schlüsseltechno-logien +++ Entflechtung der Aufgaben Forschungs-förderung, Wirtschafts-förderung und Regional-entwicklung +++ Effekti-vere Mittelverwendung durch nationale Budgets/ Forschungsstrategien +++ Bi- und multilaterale Forschungsprojekte för-dern +++ Förderung klei-ner/ forschungstarker Unternehmen über Bürg-schaften, Darlehen, Steu-ernachlässe +++ Mehr Investitionskapital, mehr MINT-Bildung, bessere Rahmenbedingungen für Entwicklung von Hard- und Software +++ Stär-kung europäischer IT-Kompetenzen bei F&amp;E-Projekten +++ EFRE um Förderung wichtiger Spit-zentechnologien erwei-tern +++</p>



Unsere Position						
Die Digitalisierung führt zu fundamentalen Veränderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitswelt. Wir müssen Europa gemeinsam zum Vorreiter der Digitalisierung machen, um nicht abgehängt zu werden. Nur in einem europäischen digitalen Binnenmarkt können wir digitale Innovationen optimal nutzen und internationale Standards setzen. Dazu ist der Informationsaustausch voranzutreiben und eine Überregulierung im Umgang mit Daten und Algorithmen zu vermeiden.						
Digitalisierung	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
	+++ Wandel zur digitalen Gesellschaft für Bürger und Unternehmen gestalten +++ Investition in Schlüsselbereiche wie KI und Big Data +++ Digitale Zukunftstechnologien fördern +++ Innovationsbudget, Unterstützung von Startups durch Zukunftsfonds +++ Effektive, intelligente und sichere Datenverarbeitung durch Weiterentwicklung von Plattformen und Instrumenten +++ Vorreiter in „Industrie 4.0“ und Internet der Dinge +++ Förderung junger europäischer digitaler Unternehmen +++ Europäische Digitalplattform für smarte Anwendungen und KI schaffen +++ Digitale Unabhängigkeit bei Daten und Algorithmen +++ Innovationsoffener, zukunftsweisender und anwendungsfreundlicher Datenschutz durch Innovations-Board +++	+++ Sicherstellung des offenen Zugangs zur Nutzung anonymisierter und nicht-personenbezogener Daten +++ Verwertung von Daten durch Monopolkonzernen verhindern +++ Anreize für Datenpools von Unternehmen um freiwillig Daten zu teilen +++ Schnelleres Internet und flächendeckenden Mobilfunk schaffen +++ Haftungsregeln für Hersteller vernetzter Produkte definieren +++ Besserer gesetzlicher IT-Sicherheitsschutz +++ EU-weit einheitlichen Kennzeichnung der Netzwerkfähigkeit technischer Geräte +++ Einrichtung zur Förderung der Gemeinwohlorientierten Digitalisierungsförderung schaffen +++ Ökonomische Anreize schaffen für die Herstellung bei digitalen Gütern und Dienstleistungen +++ Aufbau europäischer Cloud-Anbieter zur Sicherstellung der Daten-Souveränität +++	+++ Flächendeckende Gigabit-Infrastruktur +++ Glasfaserinfrastruktur und 5G-Funktechnologie mithilfe Connecting Europe Facility vorantrieben +++ Datensicherheit/ Netzintegrität garantieren +++ Grenzüberschreitende „Sonderwirtschaftszonen“ für digitale Unternehmen +++ Venture Capital für innovative Unternehmen durch „Zukunftsfond Europa“ +++ Vereinheitlichung der Regeln zum Crowdfunding +++ Weiterentwicklung europäischer KI-Strategie +++ Datenschutztechnologien und -infrastruktur fördern +++ Eigenen Cloud-Anbieter/ Datenschutzstandards +++ Nationale Koordinierung der Ressourcen für Cybersicherheit +++ Mindeststandards und Grundsätze für IT-Sicherheit und Cybersicherheitsstruktur +++ Herstellerhaftung für IT-Sicherheitslücken +++ IT-Sicherheit ohne Bürokratie für KMU +++	+++ Datenschutz, Daten- und IT-Sicherheit vorantreiben +++ Verbindliche Sicherheitsstandards +++ System der Plattformökonomie ordnen +++ Mehr Investitionen in Plattformökonomie +++ Ökonomie und Ökologie durch Digitalisierung zusammenführen +++ „Green-IT-Strategie“ auflegen +++ „Green-IT“-Kriterien bei öffentlicher Vergabe und energieeffizienten, nachhaltigen Rechenzentren +++ Unterstützung von Open-Hardware- und Open-Software-Lösungen +++ Beratungs- und Förderprogramme für KMU +++ Förderung innovativer, datenschutzfreundlicher Unternehmen +++ Investitionen in technische Datenschutzforschung/ Anonymisierungstechnologien +++ Investitionsoffensive Glasfaser und 5G +++ Investitionen aus Drittstaaten verringern +++ Verhinderung algorithmischer Diskriminierung +++ Digitalethik entwickeln +++	+++ Netzneutralität und Datenschutz garantieren +++ Digitale Souveränität gegenüber internationaler Telekommunikationsindustrie und Tech-Giganten +++ gesellschaftspolitische Leitplanken und öffentliche Kontrolle bei der Vergabe „Digital Europe“ +++ Sicherung digitaler Teilhabe in Mitgliedstaaten und bis in die Kommunen +++ (Daten-) Infrastruktur gehört in öffentliche Hand +++ (Ökonomische) Verantwortung der Internetplattformen +++ Regulierung von Plattformarbeit +++ Flächendeckender Ausbau des G5-Netzes +++ Überführung der Infrastruktur und Netze der Telekommunikation in öffentliches und gemeinwirtschaftliches Eigentum +++ Cybersicherheitszertifikate vorschreiben +++ Ausbau der Gewährleistungspflichten der Produkte +++	+++ Kritik an bisherigen europäischen Digitalisierungsinitiativen und -aktivitäten +++ Bedrohung der Freiheit der Bürger und des Wirtschaftsstandorts Europa +++ Vertrauenswürdigkeit digitaler Netze und Angebote erhöhen +++ Maßnahmen zur Stärkung der informationellen Selbstbestimmung und Einsatz leistungsfähiger Verschlüsselungstechniken +++ Datenschutzrecht ohne Mehraufwand für KMU +++ Umgang mit Behörden auch ohne digitale Identität ermöglichen +++ Stärkung des Verbraucherschutzes und IT-Sicherheit hinsichtlich verstärkter Smartphone-Nutzung +++



Unsere Position						
Die Industrie ist der Motor der Wirtschaft in der EU. Sie sichert Wachstum, Wohlstand und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze. Wir brauchen daher eine innovations- und mittelstandsfreundliche EU-Industriepolitik, die durch die richtigen Rahmenbedingungen die globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie erhält und stärkt.						
CDU/CSU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD	
+++ Wettbewerb durch gute Rahmenbedingungen in den Dienst der Menschen und der im Binnenmarkt tätigen Unternehmen stellen +++ Förderung von europäischen Weltmarktführern in Schlüsselbereichen +++ Unternehmen entlasten und unnötige Bürokratie abbauen +++ Mehr an Aufwand für die Wirtschaft durch neue Regeln muss durch Reduzierung an anderer Stelle mindestens im selben Umfang kompensiert werden +++ Einsetzung eines unabhängigen Europäischen Normenkontrollrates zur Begrenzung der Bürokratie +++ Mehr Unterstützung für F&E +++	+++ Aktive, strategische und nachhaltige Industriepolitik +++ AIRBUS als Referenz +++ Stärkung von Investitionen in Bereichen mit europäischem Mehrwert +++ Pakt zur Entwicklung der Industrie in wirtschaftlich schwachen Gebieten +++	+++ Regelmäßige Überprüfung aller europäischen Gesetze und Regelungen bzgl. Bürokratie +++ Einführung einer „One in, two out“-Regel für neue Gesetzgebung +++ Gesetzgebung sollte eine Auslaufklausel beinhalten +++ Schaffung einer Agentur zur Förderung von Sprunginnovationen +++ Kartellrecht der EU sollte weiter verschärft werden +++ Stärkere Anwendung des Prinzips „Think Small First“ +++ Verpflichtender KMU-Test von neuer Gesetzgebung +++ Heraufsetzung der KMU-Schwelle von 250 auf 500 Mitarbeiter +++ Gezielte EU-Förderung für Regionen mit Entwicklungspotenzial +++ Europäischer Investitionsfonds soll die Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Staaten gezielt stärken +++	+++ Ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft +++ Fairer Wettbewerb und Begrenzung wirtschaftlicher Macht +++ Zerschlagung bestehender Monopole +++ Schaffung eines starken europäischen Kartellamtes +++ Schaffung eines Förderprogramms zur Förderung des ökologischen Potenzials der Digitalisierung +++ Unbürokratische Unterstützung von KMU bei der Digitalisierung +++ Unterstützung Europas als Forschungs- und Entwicklungsregion +++ Neues Forschungsprogramm muss Startups stärken +++ Einführung eines Start-up-Passes für erfolgsversprechende Startups +++ Beschleunigung des Technologietransfers in die Praxis und in den Markt +++	+++ Ausrichtung auf Wettbewerb macht die Starken stärker und die Schwachen schwächer +++ Der Markt kann es nicht richten +++ EU-Industriepolitik für einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft +++ Investitionen primär in strukturschwache Regionen +++ Ausrichtung von Investitionen am gesellschaftlichen Bedarf statt am Profit +++ Gezielte Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe für eine sich selbst tragende Wirtschaft +++	+++ Reduzierung des bürokratischen Aufwands, insbes. bei EU-Vergaberichtlinie, EU-Dienstleistungsrichtlinie, Kreditvergaberichtlinie, Ökodesign-Richtlinie und bei Dokumentationspflichten für Kleinunternehmer +++ Angleichung der Marktzugangsbedingungen, um einen Ausverkauf der europäischen Wirtschaft zu verhindern +++ Flexibel nutzbare Fördergelder zur Entwicklung von Hochtechnologie +++ Stärkung von „Made in Germany“ +++ Erhalt der deutschen und europäischen wehrtechnischen Industrie +++	

Industriepolitik, KMU, Bürokratieabbau

Unsere Position						
Die europäischen energie- und klimapolitischen Ziele stellen die Wirtschaft vor große Herausforderungen. Wettbewerbsfähige Energiepreise und eine konstante, unterbrechungsfreie Stromversorgung sind für die Bewältigung dieser Aufgabe unerlässlich. Der Energiebinnenmarkt muss vollendet und Klimaschutzlasten weltweit gerecht verteilt werden. Die Unterstützung unserer Wirtschaft bei der Entwicklung klimafreundlicher Technologien ist ein zentraler Schlüssel zum globalen Klimaschutz.						
CDU/CSU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD	
+++ Sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung sicherstellen +++ Europaweiter Ausbau emissionsarmer bzw. erneuerbarer Energien +++ Stärkere Vernetzung des europäischen Energiemarktes +++ Energie-Innovationen fördern +++ Vollendung des Energiebinnenmarktes für mehr Kosteneffizienz und Wettbewerbsfähigkeit +++ Bessere Verknüpfung des EU-weite Stromnetzes zum Ausgleich unterschiedlicher Verfügbarkeiten erneuerbarer Energien und besseren Energie-Mix-Nutzung +++ Konkretisierung/ schrittweise Umsetzung der UN-Klimakonferenzen +++ Globale Bepreisung der Treibhausemissionen +++ Ausstieg aus Kohle-/Kernkraft nicht durch emissionsintensiven Strom aus anderen Ländern ersetzen +++ Unabhängigkeit der EU von einzelnen Ländern herstellen +++	+++ Klimaneutrale, wettbewerbsfähige Industrie gestalten +++ CO <sub>2</sub> -neutrale und bezahlbare Energieversorgung +++ Anhebung des europäischen Klimaschutzziels auf mind. 45 % Treibhausgasminderung bis 2030/Treibhausgasneutralität bis 2050 +++ Schnellere Umstellung zu erneuerbaren Energien +++ Sicherstellen des EU-Emissionshandels +++ Einführung eines CO <sub>2</sub> -Preises für Emissionshandel-freie Sektoren +++ Mehr Klimaneutralitäts-Forschung +++ Investitionen in Energieeffizienz +++ Stärkung des Energiebinnenmarkts Infrastruktur-/Energiespeicher-Ausbau +++ Fahrplan für Atomausstieg schaffen +++ Fonds für Strukturwandel-Regionen +++ Abfallvermeidung/Recycling stärken +++ Öko-Design-Richtlinie und EU-Plastikstrategie entwickeln +++	+++ Europäische/ internationale Lösungen vorantreiben +++ Sinnvolle/verlässliche/erreichbare CO <sub>2</sub> -Reduktionsziele +++ Innovationschancen, technische Entwicklungen und Sektorenkopplung nutzen/fördern +++ CO <sub>2</sub> -Emissionsrechte steuern +++ Kompensation von Mehrbelastungen durch CO <sub>2</sub> -Emissionspreis durch Entlastungen bei Steuern/Abgaben +++ Spätestens 2050 ohne fossile CO <sub>2</sub> -Zertifikate +++ Verrechnen CO <sub>2</sub> -Einsparungen zwischen Mitglieds- und Drittstaaten +++ Bepreisung für CO <sub>2</sub> -Emissionen +++ Energiebinnenmarkts vollenden +++ Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit, Klimaverträglichkeit, Akzeptanz maßgeblich +++ Transeuropäischen Netzausbau stärken +++ Einheitliches Kernkraft-Sicherheitsniveau +++ Energieunabhängigkeit sicherstellen +++	+++ Ambitioniertere, verbindlichere Klimaszutzziele +++ Ausstieg aus Kohle-, Atomstrom, fossilen Energieträgern +++ Bis 2050 nur erneuerbare Energie +++ Klimaschutzziele überwachen +++ Kein Export dt. Kohlestroms +++ Sofortiges Kohlekraftwerks-Ende +++ Abschaltung von Risiko-AKW +++ max. AKW-Laufzeit +++ Erneuerbare-Energie-Union +++ Klimapass für klimabedingte Migration +++ CO <sub>2</sub> -Produkt-Bepreisung +++ Weniger ETS-Zertifikate +++ Energiegeld schaffen +++ Sozialtarife gegen Energiearmut +++ Fonds für „Kohleausstiegsregionen“ +++ Energie-Unabhängigkeit der EU +++ Investitionen in Stromverbund/ trans-europäischen Netzausbau/Energiespeicher +++ Investition in CO <sub>2</sub> -Einsparungs-Technologien +++ Anreize für weniger Verbrauch-/Konsum setzen +++	+++ Solidarische Lösungen für Verluste durch Klimawandel +++ Energie ohne Kohle/Atom +++ Stärkung regionaler Kreisläufe +++ Neutraler ökologischer Fußabdruck 2050 +++ Neue Technologien stärker nutzen +++ Beseitigung von Umweltschäden, Nachsorge bezahlen verursachende Unternehmen +++ Dezentrale, bürgernahe Energieerzeugung/-verteilung +++ Bezahlbarer Zugang zu Energie/Wasser +++ Klimaschutzplan schaffen +++ Sofortiger sozialer Kohleausstieg +++ Bis 2040 ausschließlich erneuerbare Energien +++ Sofortiger Ausstieg aus Atomenergie +++ Vergesellschaftung großer Energiekonzerne +++ Verbindliche EU-Vorgaben statt ETS +++ Öffentliche EU-Emissionsbremse +++ Verschärfte Energiespar- und Effizienz-Vorgaben für Wirtschaft +++ Grundrecht auf Energie und Wasser +++	+++ Energiepolitik: Aufgabe souveräner Staaten +++ Energieversorgung nicht auf Kosten anderer Staaten +++ EU-Klimaschutzpolitik ist ein Irrweg +++ Ablehnung der Pariser Klimaschutzvereinbarung und aller EU-CO <sub>2</sub> -Reduzierungs-Maßnahmen +++ Keine ETS-Zertifikate +++ Dekarbonisierung reduziert dt. Wirtschaftskraft +++ Intelligenten Stromnetze ermöglichen Ausspähen/ Steuern des Nutzerverhaltens +++ Energiemix für Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit +++ Braunkohle als verlässlicher Energieträger in DE +++ Erneuerbare Energien unkalkulierbar, wirtschaftliche Speicherung unmöglich +++ Kohle-, Kern- und Gaskraftwerke solange marktwirtschaftlich sinnvoll +++ Einsatz fossiler Energieträger durch Wiedernutzung von Kernkraft reduzieren +++	

Klima und Energie

Unsere Position						
Freihandel ist eine tragende Säule des europäischen Wohlstandes und muss daher gegen protektionistische Tendenzen verteidigt werden. Die existierenden Handelsabkommen, die die EU beispielsweise mit Japan und Kanada abgeschlossen hat, begrüßen wir. Auch mit den USA sollte ein solches Abkommen verhandelt werden, um die transatlantischen Handelsbeziehungen wieder auf eine berechenbare Ebene zu stellen. Handelshemmnisse sollen soweit wie möglich abgebaut werden.						
CDU/CSU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD	
<p>+++ Freihandel und Globalisierung als Wohlstandstreiber +++ Ablehnung von Protektionismus und Abschottung +++ neue WTO-Verhandlungsrunde um Handelshemmnisse international abzubauen +++ Handelsabkommen mit USA, Australien, Neuseeland und Mercosur als Ziel +++ Existierende Abkommen mit Kanada, Japan und Singapur umsetzen +++ Schutz der Unternehmen vor Spionage, Sabotage und Cybercrime im digitalen Bereich +++</p>	<p>+++ Welthandel sozial, ökologisch und transparent gestalten +++ Deutsche Industrie und Arbeitsplätze durch Handelsschutzinstrumente schützen +++ Öffentliche Daseinsvorsorge durch internationale Handelsabkommen nicht aushöhlen +++ Handelsabkommen mit bindenden Kapiteln zur nachhaltigen Entwicklung +++ EU-Aktionsplan „Menschenwürdige Arbeit in globalen Lieferketten“ +++ Bekämpfung von Menschenhandel, Zwangsarbeit, schwerwiegenden Arbeitsunfällen und Kinderarbeit +++</p>	<p>+++ Freihandel gegen Protektionismus und Populisten verteidigen +++ Nach Brexit enge Wirtschaftspartnerschaft mit Großbritannien +++ Freihandel zentrale Säule des Wohlstands in Europa +++ Verteidigung der liberalen Welthandelsordnung und der WTO +++ Unterstützung modernerer und transparenterer Freihandelsabkommen, auch bilateral +++ Schwerpunkt auf nachhaltige Entwicklung +++ „Vertrag“ mit den Vereinigten Staaten als Ziel +++ Entwicklungsländern auf Augenhöhe begegnen +++ Ad-hoc Schiedsverfahren von bilateralen Schiedsgerichten durch ständigen multilateralen Investitionsgerichtshof ersetzen +++ Zusammenarbeit mit China stärken, gleichzeitig Grundprinzipien und Interessen verteidigen (Investitionsschutzabkommen) +++</p>	<p>+++ Nachhaltige Entwicklung sozialer und ökologischer Standards im Welthandel +++ Menschenrechte auch gegenüber transnationalen Unternehmen einklagbar +++ WTO und das Welt-handelssystem reformieren und neu beleben +++ Transparenz bei Verhandlungsdokumenten +++ Ablehnung einseitiger Gerichte und Sonderklagen für private Investoren, stattdessen ständiger internationaler Handelsgerichtshof +++ Ablehnung CETA und JEFTA in jetziger Form +++ Klimaziele von Paris als wesentlichen Bestandteil in Handelsabkommen +++ Klimaabgabe auf verschmutzige Importe +++ Abschaffung von Zöllen auf verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern +++</p>	<p>+++ Ersetzen bestehender Handelsabkommen durch Abkommen über Partnerschaft +++ Unternehmen einklagbar verpflichten, Menschenrechte und Arbeitsrechtsnormen einzuhalten +++ Handelspolitik an Entwicklungszusammenarbeit, Klimaschutz und friedenssichernde Politik binden +++ Ausdehnung der gesetzlichen Sorgfaltspflicht für Unternehmen bei Bestellung von Konfliktrohstoffen +++ Reform der WTO +++ Ablehnung existierender Freihandelsabkommen als demokratiefeindlich +++</p>	<p>+++ Schutz und Erhalt deutscher und europäischer Technologien +++ Europäische Handelspolitik an Interessen der Mitgliedsstaaten ausrichten +++ Ablehnung protektionistischer Tendenzen +++ Europäische oder nationale Ausgleichsmaßnahmen für Branchen, die weniger von der Globalisierung profitieren +++ Unterstützung der WTO +++ Gestaltung von Handelsvereinbarungen unter Einbeziehung von Wirtschaftsvertretern +++ Regelmäßige Prüfung der Zweckmäßigkeit verhängter Handelssanktionen +++ Abbau EU-Importbeschränkungen +++ Abbau EU-Subventionen +++ Vermeidung des Ausverkaufs von Technologieunternehmen an Drittstaaten +++</p>	

Handelspolitik

Unsere Position						
Die EU muss Handelshemmnisse im Mehrwertsteuersystem und Steuerbürokratie abbauen, die Körperschaftsteuer harmonisieren und grenzüberschreitende Investitionen erleichtern. Maßnahmen gegen Steuerbetrug und Gestaltungen müssen überprüft, ggf. zu weitgehende Regelungen zurückgenommen werden. Steuererhöhungen und Lastverschiebungen in der EU lehnen wir ab. Das heißt: keine EU-Steuern, keine Digital Services Tax, keine Finanztransaktionsteuer, einstimmige Entscheidungen.						
CDU/CSU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD	
+++ Besteuerung der digitalen Wirtschaft in EU und international abgestimmt; digitale Betriebsstätte +++ Gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage in für Deutschland vertraglicher Form +++ Rechtssicherheit durch Modernisierung des Beihilferechts +++ Weitere Eindämmung von Steuerbetrug und Schließung von Steuerschlupflöchern +++ Finanztransaktionsteuer mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigem Satz +++	+++ Einheitliche Unternehmensteuer mit Mindeststeuersatz +++ Besteuerung der digitalen Wirtschaft, falls bis 2020 keine OECD-Lösung erreicht wird +++ Schärfere Kampf gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung +++ Finanztransaktionssteuer auf Aktienhandel +++ Aufgabe des Einstimmigkeitsprinzips in Steuerfragen +++	+++ Einheitliche Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer, keine Mindeststeuersätze +++ Keine Digitalsteuer +++ Ermäßigte Mehrwertsteuersätze nur für Grundbedarf einfachere Anwendung der Mehrwertsteuer +++ Bei Ausweitung des Emissionshandels Entlastung bei Kraftstoff- und Stromsteuer +++ Angemessenes Vorgehen gegen Steuermisbrauch und überzogene Gestaltungen +++ Einstimmigkeit in Steuerfragen +++	+++ Einheitliche Unternehmensteuer mit Mindeststeuersatz, Aufkommen aus Mindestlast fließt an die EU +++ Umfassende Ausrichtung von Steuern auf ökologische Lenkungsziele +++ Am Umsatz orientierte Digitalsteuer sowie eine Wertschöpfungsabgabe +++ Finanztransaktionssteuer +++ Einheitliche Tabak- und Alkoholsteuern +++ Weiter scharfes Vorgehen gegen Steuergestaltung und Steuerwettbewerb +++ Mehrheitsentscheidungen zur EU-Steuerpolitik +++	+++ Einheitliche Unternehmensteuer mit breiter Bemessungsgrundlage und Mindestsatz +++ Große Vermögen und Spitzeneinkommen höher besteuern +++ Steuerflucht: DBA mit unkooperativen Staaten kündigen; ggf. Quellensteuern; besserer Informationsaustausch; Veröffentlichung von Länderkennzahlen +++ Finanztransaktionssteuer, Satz 0,1 Prozent +++ Digitalsteuer in Höhe der effektiven Differenz zu „normaler“ Unternehmensbesteuerung, zu zahlen an das Land der Nutzung; Abschreibung für immaterielle Werte und F+E-Steuerentschriften harmonisieren +++	+++ Keine EU-Steuern +++ Keine EU-getriebene Harmonisierung der Unternehmenssteuern (Mindeststeuer, Bemessungsgrundlage) +++ Keine EU-Zuständigkeit im Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug +++ Finanztransaktionssteuer, wenn weltweit eingeführt +++ Förderung kleiner und forschungsstarker Unternehmen über Steuernachlässe +++	

Steuerpolitik